Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Nächster eingesandten Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 78. **Mittwoch** den 19. März 1890. **84. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Ausschreibung,
Neubau der Central-Markthalle in Leipzig betr.

Die Eindeckung der Hallendächer an der Markthalle mit verzinktem Eisen-Blech, sowie die Herstellung der erforderlichen Dachrinnen und Abfallröhren soll vergeben werden.

Die Bedingung und Arbeitsverzeichnisse können durch unsere Bauverwaltung im Baubureau an der Windmühlenstraße hierselbst gegen porto- und bestellgeldfreie Einsendung von einer Mark bezogen, bez. im Baubureau, woselbst auch die Zeichnungen rc. ausliegen, eingesehen werden.

Die Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift
Central-Markthalle, Klempnerarbeiten rc.
bis 31. März cr. Vormittags 10 Uhr im Rathhaus allhier, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, portofrei einzureichen.

Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern, bez. die Theilung der Arbeiten und die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 17. März 1890.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 1748. Dr. Tröndlin. Rüling.

Hierdurch bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß der die Abänderung des südlichen Bebauungsplanes enthaltene Plantheil, nach welchem wir mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten beschlossen haben, den zwischen der Elisenstraße und der Südstraße projectirt gewesenen freien Platz jenes Bebauungsplanes von der Elisenstraße ab westlich bis zu 100 m für offene Bebauung zu verwenden, dafür aber den vor der 8ten Bezirksschule zwischen der Süd- und Kochstraße gelegenen Baublock als öffentlichen Platz zu bestimmen, vom 31. Januar bis 28. Februar ds. Js. vier Wochen lang öffentlich ausgelegen und auswärts Giltigkeit erlangt hat, indem Widersprüche gegen denselben innerhalb jener Zeit nicht erhoben worden sind.

Leipzig, den 13. März 1890.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 1154. Dr. Tröndlin. Wilisch, Ass.

Versteigerung
von Bauplätzen in der Südvorstadt.

Von den auf der **Südseite** der **Kronprinzstraße** zwischen der Koch- und Südstraße gelegenen, der Stadtgemeinde gehörigen **Bauplätzen** sollen die auf dem betr. Parcellirungsplan wie folgt bezeichneten

Nr. 1	an der Ecke der Kronprinz- und Südstraße	von 712,82 qm	Tischengehalt
„ 2	an der Südstraße	„ 643,12 „	
„ 6	an der Ecke der Kronprinz- und Kochstraße	„ 693,68 „	
„ 7	an der Kochstraße	„ 600,39 „	

zum Verkaufe versteigert werden.

Wir beraumen hierzu auf
Freitag, den 28. dies. Mon., Vormittags 10 Uhr
im Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 1, 2. Etage, Versteigerungstermin an.

Dieser wird pünctlich zur angegebenen Stunde eröffnet und die Versteigerung bezüglich eines jeden der einzeln nach einander in obiger Reihenfolge aufgebotenen Bauplätze geschlossen werden, wenn darauf nach dreimaligem Ausrufe kein weiteres Gebot mehr erfolgt.

Die Versteigerungsbedingungen und der Parcellirungsplan liegen auf dem Rathhaussaale, 1. Etage, zur Einsichtnahme aus, woselbst auch in der Specialcasse I, Zimmer Nr. 5, Exemplare davon für 1 ₰ abgegeben werden.

Leipzig, den 14. März 1890.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 1175. Dr. Tröndlin. Gerutti.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom **10. bis 16. dieses Monats** im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Litern stündlichem Consum das 18,3fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,462.

Leipzig, am 17. März 1890.
Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Die Inhaber der als verloren, vernichtet oder sonst als abhanden gekommen angezeigten Pfandscheine Lit. X Nr. 76319, Lit. Y Nr. 52292, 52726, 56430, 57876, 60055, 61164, 61848, 63674, 63675, 65029, 66501, 67571, 70494, 76982, 82873, 90505, 90506, 90543, Lit. Z Nr. 9120, 19999, 25529, 26528, 56255, 57611, 67519, 80586, 81909, 83332, 84068, 85099, 86937, 90187, 92558, 93409, 94291, 95761, Lit. A Nr. 847, 934, 1304, 2733, 3292, 5091, 8014, 9886, 10842, 13332, 13730, 15440, 16021, 16022, 18901, 19952, 28779, 29605 werden hierdurch aufgefordert, sich damit unverzüglich und längstens bis zum Ablauf von 30 Tagen nach der auf jedem der Scheine bemerkten Verfallzeit bei unterzeichneter Anstalt zu melden, um ihr Recht daran zu beweisen oder dieselben gegen Belohnung zurückzugeben, widrigenfalls der Leihhaus-Ordnung gemäß den Anzeigern die Pfänder ausgeliefert und die Inhaber der Scheine ihrer etwaigen Ansprüche darauf verlustig gehen werden.

Leipzig, den 17. März 1890.
Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Wegesperrung in Connewitz betr.

Der von hier nach Probstheida führende Communicationsweg wird wegen vorzunehmender Instandsetzung bis auf Weiteres gesperrt.

Connewitz, den 18. März 1890.
Der Gemeindevorstand.
Enkenstein.

Die Stelle des **Bürgermeisters** hiesiger Stadt von ca. 2800 Einwohnern ist am 1. Juli d. J. neu zu besetzen. Die Wahl erfolgt auf 6 Jahre und das jährliche Gehalt ist vorläufig auf 1800 ℳ festgesetzt. Eventuell kommen 400 ℳ für Verwaltung des Standesamts hinzu. Bewerbungen sind unter Beifügung von Zeugnissen bis 31. d. Mts. hier einzureichen.

Lobenstein, den 9. März 1890.
Der Gemeinderath.
Justizrath Gruner, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Am 15. März dieses Jahres verstarb unser Armenpfleger Herr Kaufmann **Karl Huldreich Segnitz.**

Unser Armenwesen verliert in ihm einen Mann, welcher treu seines Amtes gewartet hat. Wir versehlen nicht, dem nun Verewigten unseren Dank in das Jenseits nachzurufen für seine treue Mithülfe an dem uns gemeinsamen Werke.

Leipzig, den 17. März 1890.
Das Armendirectorium.
A. R. Pf. 34. Ludwig-Wolf. Actuar.

Bekanntmachung.

Am heutigen Tage sind von uns
Frau Wilhelmine Agnes **Heyne,** Antonstraße 22,
„ Amalie Pauline **Hergert,** Leipzig-Reudnitz, Eisenbahnstraße 4,
„ Clara Emilie **Bernhardt,** Leipzig-Reudnitz, Kuchengartenstraße 3, I.
„ Auguste Pauline Friederike **Friede** in Leipzig-Eutritzsch, Querstraße 1,

als **Hebammen** für den Stadtbezirk Leipzig mit der Maßgabe verpflichtet worden, daß eine jede von ihnen ohne unsere ausdrückliche Erlaubniß aus dem Stadttheile, in welchem sie jetzt ihre Wohnung hat, nicht in einen anderen Stadttheil verziehen darf.

Leipzig, den 15. März 1890.
Der Rath der Stadt Leipzig.
VIII. 792. Dr. Tröndlin. Dr. Krippendorff.

Die hier wegen Giftmordes in Untersuchung befindliche Bürgermeisterstochter Frieda Fanny Schrön aus Markranstädt soll in den Monaten August oder September 1889 in den Colonnaden des Café Felsche in Leipzig mit einem Herrn ein Gespräch geführt haben, bei welchem sie erzählt habe, daß in ihrer elterlichen Wohnung in Markranstädt Ungeziefer sei, zu dessen Vertilgung **Arsenik** zur Anwendung gekommen sei.

Ueber die Persönlichkeit des betreffenden Herrn ist nur bekannt, daß derselbe etwa 35 Jahre alt, unverheirathet, von mittlerer Statur, in Leipzig oder den Vororten wohnhaft, Maschinenbauer, Ingenieur oder Baumeister sein und in Markranstädt hin und wieder geschäftlich thätig gewesen sein soll.

An den in Frage kommenden Herrn ergeht hierdurch die öffentliche Aufforderung, sich schleunigst bei dem Unterzeichneten anzumelden und jener Vernehmung über das für die Untersuchung wichtige Gespräch gewärtig zu sein.

Leipzig, am 18. März 1890.
Der Untersuchungsrichter bei dem Königl. Landgericht.
Burkhardt, L.-G.-Rth.

Die Kanzlerkrisis.

* Krisengerüchte durchschwirren wieder einmal die Luft und auf die Aufregungen des Wahlkampfes wird die Welt durch die Kunde erschüttert, daß (nach der „Kölnischen Zeitung") in unterrichteten Kreisen der Hauptstadt des neuen Deutschen Reiches angenommen werde, der Rücktritt des Fürsten Bismarck von allen seinen Aemtern stehe schon in der allernächsten Zeit bevor. Man glaubt, daß schon der am Montag stattgefundene Ministerrath, der sich um 3 Uhr unter Vorsitz des Fürsten Reichskanzlers versammelt habe, sich mit der Thatsache des Rücktritts beschäftigt hätte. Der Kaiser, heißt es weiter, habe sodann das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers genehmigt und das gleichzeitige Entlassungsgesuch des Grafen Herbert Bismarck abgelehnt.

Schon ein anscheinend officiöser Artikel der „Hamburger Nachrichten" hatte auf diese Eventualität vorbereitet. Es heißt darin:

„Ob der große Kanzler trotz seiner aller Maßstäbe spottenden Verdienste und Eigenschaften hinter dem Glanze, den der junge thatkräftige Kaiser, der Regierungsantritt einer neuen Zeit mit neuen Aufgaben, ausstrahlt, im politischen Bewußtsein der Nation zurücktreten beginnt, lassen wir dahin gestellt. . . . Man hört sagen, Kaiser und Kanzler stimmten wohl dinglichlich der Ziele der Socialpolitik überein, nicht aber betreffs der Mittel; ferner, der Kaiser wolle von den bestehenden Parteien, die er veraltet glaube, nichts mehr wissen, der Fürst hingegen meine, daß die Zeit für eine gründliche Neubildung noch nicht gekommen sei, daß man sich fanto de mieux mit dem „alten Trödel" behelfen müsse; der Kaiser wolle die Umbildung der Parteien beschleunigen, dabei mitwirken und erblicke in den alten, zum Theil auf die Person des Kanzlers gegründeten Gegensätzen ein Hinderniß, der Kanzler lehne diese Auffassung ab; der Kaiser betrachte die Socialdemokraten als Mitleute, die er zum Besseren erziehen wolle, der Kanzler stehe mehr auf dem Standpunct der Repression — und was der angeblichen Gegensätze, von denen gesprochen wird, mehr sind . . . . Der Kaiser ist ein Mann von außerordentlicher Auffassung, großer Selbstständigkeit, der als solcher den berechtigten Wunsch hegt, als Herrscher über ein so mächtiges Reich mit so großen und schwierigen Aufgaben, seine Eigenschaften zur Geltung zu bringen . . . . Die frühere Zeit, wo der Kanzler im politischen Staatsleben Alles bedeute, der Kaiser mehr zurücktrat, ist sicherlich für immer vorüber . . . . Für spätere Zeiten dürfte der Kaiser aller Vermuthung nach auch die auswärtige Politik des Reiches in der Hauptsache selbst bestimmen und nur die Ausführung und die diplomatische Technik von einem Minister besorgen lassen. Daß der Moment, wo Fürst Bismarck einmal nicht mehr Reichskanzler ist, in nicht allzu ferner Zukunft eintreten kann, ergiebt sich aus der Thatsache, daß der jetzige Staatsmann binnen weniger Tage sein 75. Lebensjahr vollendet."

Das Hamburger Blatt hofft, daß „die vorhandene Spannung" — obwohl Fürst Bismarck, der Manches nicht billige und der neuen Strömung nicht überall folgen könne noch wolle, ab und zu von der Neigung erfaßt werde, sich ganz zurückzuziehen — noch eine andere Lösung als in dem vollständigen Rücktritte des Kanzlers finde, spricht von allerlei geheimen Umtrieben der Gegner desselben und schließt mit den Worten:

„Das „Agiom", wonach es in der Politik keine Dankbarkeit giebt, kann dem Fürsten Bismarck gegenüber doch nur sehr beschränkte Anwendung finden, wenn die Nation nicht den Vorwurf schwersten Undanks auf sich laden will."

Unser parlamentarischer Correspondent schreibt uns zur Sache:

** Berlin, 17. März. Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung" soll der Rücktritt des Fürsten Bismarck von seinen Aemtern in allernächster Zeit bevorstehen und der heutige Ministerrath sich bereits mit der Thatsache seines Rücktritts beschäftigen.

Sicherlich gehört die „Kölnische Zeitung" zu den bestunterrichteten deutschen Blättern, und wir können an der Meldung um so weniger Kritik üben, als ja die Thatsachen in wenigen Tagen die Bestätigung oder Widerlegung bringen müssen. In parlamentarischen Kreisen wurde allerdings auch heute erzählt, daß zwar von einer „Krise" gar nicht gesprochen werden könne, daß auch in dem Umfange, wie es von „freisinniger" und ultramontaner Seite behauptet werde, Meinungsverschiedenheiten zwischen Kaiser und Kanzler nicht vorhanden seien, daß aber Fürst Bismarck in den letzten Tagen sein größeres Bedürfniß nach Ruhe mehr als bisher an Allerhöchster Stelle zum Ausdruck gebracht habe. Der Kaiser wäre nicht abgeneigt, dem dringenden Wunsche des Kanzlers zu willfahren, wünscht jedoch sich den Rath des Fürsten auch für die Zukunft zu erhalten, und andererseits zeigen sich große Schwierigkeiten, welche durch die deutsche Reichsverfassung einer anderweiten Besetzung des Kanzlerpostens entgegenstehen, da die fernere Verantwortung zunächst auch nur einer Person übertragen werden kann, nicht aber zugleich die alleinige Führung der Geschäfte in dem gesammten Umfange des jetzigen Reichskanzleramtes.

Noch wird an der Hoffnung festgehalten, daß Fürst Bismarck zunächst nur die preußischen Aemter niederlegt und dem Reiche auch ferner seine Kraft widmet, so lange sie ausreicht, und selbst die Hand dazu bietet, die erforderlichen Verfassungsänderungen herbeizuführen, um für später eine Theilung der Zuständigkeiten und amtlichen Befugnisse des Reichskanzlerpostens herbeizuführen. Doch, wie gesagt, die Hoffnung ist in den letzten Tagen geringer geworden. Uebrigens wollen wir auch erwähnen, daß vielfach geglaubt wird, der Herzog von Coburg, welcher heute hier eingetroffen ist, sei vom Kaiser besonders eingeladen worden, um in der schwierigen Lage seinen Rath abzugeben, und daß es ihm gelingen werde, einen Aufschub der Entscheidung herbeizuführen.

* Die „Nationalzeitung" schreibt über die Möglichkeit des Rücktrittes des Fürsten:

„In den letzten Tagen haben beständig Conferenzen zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler stattgefunden. Nach den uns zugehenden Mittheilungen muß man annehmen, daß der Meinungsverschiedenheiten über wichtige Fragen der inneren Politik so viele und tiefgehende sind, um den Entschluß des Reichskanzlers, von den Geschäften zurückzutreten, zu einem endgiltigen zu machen. Ueber die Art, wie der so tiefgreifende Wechsel sich vollziehen soll, hat noch nichts Authentisches verlautet; die heutige Sitzung des Staatsministeriums dürfte sich wahrscheinlich mit dieser Frage beschäftigt haben. Der Rücktritt des Fürsten Bismarck war von dem Name des preußischen Handelsministers Anfang Februar bekundete die damals gehegte Meinung, daß der Verzicht des Fürsten Bismarck auf die von ihm in der Socialpolitik vertretene Auffassung im Uebrigen die Aufrechterhaltung der bisherigen Einrichtungen und Personalverhältnisse der preußischen und Reichsregierung ermöglichen werde. Die damals, und allem Anschein nach später noch einmal nach ihrer Wiederkehr beigelegte Krisis mußte aber durch den Ausfall der Reichstagswahlen in verstärkter Bedeutung sich von Neuem einstellen. Niemand konnte sich darüber täuschen, daß, wie wir es wiederholt betonten, der Mangel einer actionsfähigen Regierung während der dauernden letzten Reichstagssitzungen zu dem Wahlergebniß wesentlich beigetragen, und daß andere Zustände in dieser Beziehung geschaffen werden müssen, wenn der Einfluß unsicherer, aber irregeleiteter Agitationen sich nicht noch schlimmer geltend machen soll, als bei den jüngsten Wahlen.

Die nächsten Tage werden Aufschluß darüber bringen, in welcher Art die künftige Gestaltung der Regierung gedacht wird. In Vermuthungen darüber einzutreten, unterlassen wir in diesem Augenblicke. So viel ist unbestreitbar: Deutschland und Preußen bedarf, wenn Fürst Bismarck das Steuer verläßt, einer starken Regierung — stark durch das Ansehen der Personen im Volk, durch ihre Fähigkeiten in politischer und geschäftlicher Hinsicht, durch ihre Entschlossenheit und Furchtlosigkeit, den Kaiser und König nach bestem Wissen und Gewissen zu berathen, stark auch durch das erforderliche Vertrauen für die Bedingungen des Regierens mit einer Volksvertretung.

Deutschland, ja man darf sagen die civilisirte Welt, wird sich nur schwer an den Gedanken gewöhnen, daß Fürst Bismarck nicht mehr den Platz ausfüllen soll, an dem man ihn fast dreißig Jahre erblickt hat. Aber daß es einmal unvermeidlich sein würde, haben wir Alle gewußt; und so wird, wenn das erwartete Ereigniß sich vollzieht, eine Genugthuung für das deutsche Volk darin liegen, nach dem Gebrauch auch bei diesem Anlaß bekunden zu können, welcher Dankesschuld es gegen den Begründer des Reiches sich bewußt ist. Und die Zuversicht in die Unerschütterlichkeit seines Werkes wird sich gewiß darin aussprechen, wenn der Kaiser und die Nation, in steter Bewegung, aber in der Erkenntniß der Nothwendigkeit, bei Lebzeiten Bismarck's schon ohne Bismarck die staatlichen Aufgaben zu lösen unternahmen, welche das Geschick unserm, wie jedem Volke beständig von Neuem stellt."

Wir geben, was uns anlangt, die Hoffnung nicht auf, daß sich noch immer Mittel und Wege finden lassen werden, um die Schwierigkeiten abzuwenden, welche der Rücktritt des Fürsten Bismarck sicherlich im Gefolge haben würde. Unser großer Kanzler hat nicht nur dem von ihm geschaffenen Deutschen Reiche sein Gepräge, sondern der modernen Staatskunst überhaupt Ziel und Richtung gegeben, und kaum ein Staatswesen unseres Erdtheiles hätte dieses Einflusses entrathen können. Möge Fürst Bismarck dem jungen Reiche noch lange erhalten bleiben und Alles sich zum Guten wenden. An Körper und Geist frisch, ist seine Thatkraft — Gott sei es gedankt — noch heute ungebrochen, und wir können sicher sein, daß, falls er an der Spitze der Staatsgeschäfte verbleibt, sich seiner Gegner zu erwehren wissen und so weiter wirken und schaffen wird, wie es bisher zum Ruhme des deutschen Volkes und zum Heile der Welt geschehen ist.

Kirchliche Reformgedanken.

* Die Anzeichen mehren sich, daß innerhalb unserer evangelisch-lutherischen Kirche die Gleichgiltigkeit der Menge gegenüber den kirchlichen Dingen im Schwinden, daß ein regerer kirchlicher Sinn, ein besseres Verständniß für die religiösen Aufgaben unserer Zeit im Entstehen begriffen ist. Es ist das um so erfreulicher, als bekanntlich seitens einer großen Partei die Religion als ein überwundener Standpunct betrachtet und der Kampf gegen dieselbe als Parole ausgegeben wird. Mit Freuden zu begrüßen ist aber auch, daß die Kraft ihres Amtes berufenen Diener der Kirche immer mehr aus ihrer Zurückhaltung in der Mitwirkung an den großen socialen und politischen Kämpfen der Gegenwart heraustreten und daß sie es als ihre Pflicht erachten, ihre Kräfte und ihren Einfluß mit einzusetzen, daß den religions-, staats- und culturfeindlichen Bestrebungen ein Halt geboten und unserm Volke das köstliche Gut einer sittlich-religiösen Herzensbildung erhalten bleibe. Zu solchen Betrachtungen bot die am Montag Abend abgehaltene Versammlung der hiesigen Kirchlichen Gesellschaft Anlaß. Nicht allein die zum größten Theil aus Angehörigen der hiesigen Kirchenvorstände bestehenden Mitglieder der Gesellschaft hatten sich zahlreich eingefunden, sondern es waren auch viele Andere, welche Interesse an kirchlichen Fragen haben, erschienen, und der Verlauf der mehrstündigen Verhandlungen, welche der erste lutherische Geistliche unserer Stadt, Herr Superintendent D. Punk, leitete, war ein überaus lebhafter und anregender.

„Kirchliche Reformgedanken", so lautete das der Debatte zu Grunde gelegte Thema. Der mit der Einleitung der Verhandlung betraute Referent ging von dem ungeheuren Wachsthum der socialdemokratischen Stimmen bei den letzten Reichstagswahlen aus und betonte, daß, wenn man die Dinge in der bisherigen Weise ruhig weiter gehen lasse, dann es leicht kommen könne, daß das jetzige Jahrhundert mit einer ähnlichen Katastrophe, wie diejenige am Ende des vorigen Jahrhunderts, abschließen werde. Die Frage müsse aufgeworfen werden: Was haben wir versäumt, um das uns bedrohende Gottesgericht fern zu halten? Wenn sich Alle noch emporraffen könnten, dann sei Abhülfe der uns umringenden Gefahren recht wohl noch möglich. Die Hauptschuld trage die Entfremdung der großen Masse von der Kirche, welche aufgehört habe, eine Volkskirche zu sein. Wenn man die Geistlichen frage, wie viele Kinder, welche sie jetzt confirmiren, nach ihrer Confirmation noch an den gottesdienstlichen Handlungen theilnehmen würden, dann könne die betrübende Antwort nur lauten, daß dies nur ein verschwindender Bruchtheil sei. Nun sei aber der Pessimismus ganz und gar nicht am Platze, die traurigen Erfahrungen dürften in keinem Falle muthlos machen. Es gelte, die verlorenen Posten wieder zu gewinnen, und das sei nicht zu erreichen, indem man gegen die unteren Classen Krieg führe, sondern dadurch, daß man den wirklichen Nothständen des vierten Standes Hilfe angedeihen lasse. Nur so werde man die socialdemokratisch und dadurch unkirchlich gewordenen Elemente wieder auf bessere Wege bringen.

Hierzu sei aber die Erneuerung unseres gesammten kirchlichen Lebens nothwendig. Die evangelisch-lutherische Kirche habe nur allzu lange unthätig bei Seite gestanden und damit ein gutes Theil des Unerfreulichen, das wir erleben, verschuldet. Gewiß gebe es viele kirchliche Vereine und Anstalten, welche segensreich wirken, aber es sei sehr fraglich, ob dieselben genügen. Es fehle uns vor Allem das planmäßige Eindringen in die Massen. Da sei nun neuerdings ein in weiteren Kreisen bekannter Diener der evangelischen Kirche, Herr Pastor Dr. Sulze in Dresden, mit Organisations-Reform-Gedanken hervorgetreten, welche Anspruch auf Beachtung seitens aller Derer hätten, die es mit unserem Volke und mit unserer Kirche wohl meinen. Man brauche nicht auf Sulze's theologischem Standpunct zu stehen und könne doch von dessen organisatorischer Thätigkeit lernen. Pastor Sulze gehe von dem Gedanken aus, daß die evangelische Kirche in ihrem allgemeinen Priesterthum ein einflußreiches Mittel besitze, um reformatorisch wirken zu können. Eine andauernde gegenseitige Seelsorge der Gemeindeglieder und die Gründung von Hausvätervereinen seien nöthig, um bessere Zustände herbeizuführen, also die Organisation der Gemeindeseelsorge in einem Hausväterverband. Ferner sei nothwendig die Beseitigung der sogenannten Personalgemeinden und die räumliche Begrenzung der Parochien dergestalt, daß ihre Geistlichen ihre amtliche Thätigkeit auf sie selbst zu beschränken und auf andere Parochien nur dann auszudehnen haben, wenn die eigenen Parochien darunter keinen Schaden erleiden.

Man habe man zwar bisher vielfach geglaubt, daß eine derartige räumliche Begrenzung der geistlichen Thätigkeit in Großstädten nicht ausführbar sei, indessen die Sache werde sich, wie Dr. Sulze es vorschlage, recht wohl machen lassen, wenn man den Stadtplan zur Hülfe nehme und die Stadt in Bezirke von höchstens 5000 Seelen eintheile. Es sei das derselbe Weg der Individualisirung und planmäßigen Organisation, auf dem unsere Armenpflege in neuerer Zeit so Großes erreicht habe. Es würden sich zwar große finanzielle Schwierigkeiten entgegenstellen, aber unüberwindlich seien diese nicht. Wenn man unsere besonderen Verhältnisse in Leipzig in das Auge fasse, so finde man, daß gerade in Leipzig die Personalgemeinde in voller Blüthe stehe, in einer Art und Weise, daß der Willkür des Einzelnen der größte Spielraum geboten sei. Jeder wähle sich selbst seinen Lieblingsgeistlichen, jeder Confirmand schon könne bestimmen, welcher Geistliche ihn confirmiren solle, und die Seelsorger werden geradezu in vielen Fällen zu einer angenehmen Handbekanntschaft gemacht. Es sei bekannt, welche Mißstände ferner mit dem Beichtwesen in Leipzig verknüpft seien. Der Referent schloß seine Darlegungen mit der Hinweisung auf die starke Organisation der römisch-katholischen Kirche und der Socialdemokratie und dem dringenden Wunsche, Gott möge geben, daß wir diesen bald eine gleichstarke Organisation der evangelischen Kirche entgegen stellen können.

Es entspann sich nach dem gehörten Vortrag eine längere Debatte, in welcher noch verschiedene andere reformatorische Gedanken zum Ausdruck kamen. Von mehreren Seiten wurde es als Uebelstand bezeichnet, daß in den Kirchenvorständen nur eine beschränkte Zahl von Geistlichen Sitz und Stimme hat und daß in Leipzig die Diakonen davon ausgeschlossen sind. Der Vorsitzende der Versammlung constatirte, daß das auf verfassungsmäßiger Bestimmung beruhe. Von anderer Seite wurde hierzu bemerkt, als seiner Zeit die Kirchenvorstands-Ordnung erlassen worden, da habe man dieselbe in der Hauptsache auf die Landgemeinden zugeschnitten, so daß sie für die großen Städte nicht recht passe. Ein geistlicher Redner sprach seine vollste Sympathie zu den Sulze'schen Reformplänen und zu der Forderung, die ihnen ein anderer Vertreter des geistlichen Standes, Diacon Zettel in Karlsruhe, hat zu Theil werden lassen, zugleich aber auch seine Freude darüber aus, daß in der heutigen Zeit alle dogmatischen Parteien, gleich ob sie nach rechts oder nach links weisen, sich in einer so hochwichtigen Frage die Hand reichen. Das sei ein schönes Zeichen unserer Zeit. Ein anderer Vertreter des geistlichen Standes vertrat die Anschauung, nicht allein in der Organisation liege die Zukunft der Kirche, sondern es komme auf das Wesen der Kirche mit an. Das Princip der Personalgemeinde habe gewiß viel Schädliches an sich, aber es ganz zu unterdrücken, das werde nur neue Nachtheile hervorbringen, denn es würden dann viele segensreiche Verbindungen, die man nicht gering achten dürfe, zerstört werden. Man möge daher beide Systeme neben einander bestehen, beide sich vereinigen lassen.

Wieder von anderer Seite wurde die Errichtung kleinerer Kirchhäuser, die Erbauung von Capellen, neben den großen Kirchen angeregt, in denen dann unsere Diakonen, die jetzt noch wenig zum Predigen kommen, reichlicher Gelegenheit hätten, zu der Menge zu reden. Ein sehr beachtenswerther Vorschlag war ferner derjenige, daß künftig über die Sitzungen der Kirchenvorstände regelmäßige Berichte in der Presse veröffentlicht werden möchten, ein Brauch, der übrigens schon in früherer Zeit in Leipzig bestanden hat. Am Schlusse der Debatte aber betonte ein